

Bote von der Wobbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postversendung:	Schriftleitung und Verwaltung: Dr. Dollfuß-Platz Nr. 31. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.	Preise bei Abholung:
Ganzjährig 8 14.60	Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen.	Ganzjährig 8 14.—
Halbjährig 7.30	Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Halbjährig „ 7.—
Vierteljährig 3.75		Vierteljährig „ 3.60
Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.		Einzelpreis 30 Groschen.

Folge 6 Waidhofen a. d. Wobbs, Freitag den 7. Februar 1936 51. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Osterreich.

Paris, 5. Februar. (Amtliche Nachrichtenstelle.) Vizekanzler Starhemberg hat den Vertreter der Amtlichen Nachrichtenstelle ermächtigt, über die Unterredung mit dem französischen Außenminister Flandin folgende Erklärungen zu veröffentlichen: Mein privater Aufenthalt in Paris auf der Rückfahrt von London nach Wien bot mir Anlaß, dem französischen Außenminister Flandin einen Besuch abzustatten und mit ihm einen zwanglosen und unerbittlichen Meinungsaustausch über die verschiedenen Fragen der europäischen Politik zu pflegen, der der gegenseitigen Information diene. Dabei hatte ich Gelegenheit, den Standpunkt der österreichischen Regierung zu den gegenwärtigen Problemen der europäischen Politik darzulegen und insbesondere den Standpunkt der österreichischen Regierung dahin zu präzisieren, daß sich Osterreich mit Bezug auf alle innenpolitischen Fragen, zu denen natürlich die Frage der Staatsform und das Restaurationsproblem gehören, selbstverständlich volle Handlungsfreiheit und Entscheidungsvorbehalt. Diese Entscheidungsfreiheit wird aber nach österreichischer Anschauung dadurch nicht beeinträchtigt, daß die österreichischen Staatsmänner in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber Europa nichts zu unternehmen gedenken, was die europäische Ruhe erschüttern könnte. Dies wurde seitens der österreichischen Regierung schon mehrfach erklärt, und zwar insbesondere mit Bezug auf die Frage einer Wiedereinführung der Habsburger. Diesen Erklärungen hatte ich an sich nichts hinzuzufügen. Ich betonte in meiner Unterredung aber ausdrücklich, daß von einer Verzichtserklärung Osterreichs auf eine eventuelle Wiedereinführung einer monarchistischen Staatsform nicht die Rede sein könne, wohl aber habe ich neuerlich auf die von der österreichischen Regierung wiederholt abgegebenen Erklärungen verwiesen, daß sie in dieser Beziehung nichts Entscheidendes unternehmen wird, ohne mit den europäischen Mächten in Fühlung getreten zu sein. Mit Bezug auf die Möglichkeit eines Meinungsaustausches zwischen Osterreich und den Staaten Zentraleuropas habe ich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ein solcher Meinungsaustausch nur dann zweckvoll wäre, wenn Italien als bewährter Garant der Integrität Osterreichs ihm beigezogen wird.

Der Bundeskommissär für Heimatdienst Oberst Adam empfing einen Vertreter der „Politischen Korrespondenz“ und gab ihm folgende Erklärungen ab: Seit einigen Wochen wird in der Presse und in der Öffentlichkeit die Schaffung eines „Familienausgleichsfonds“ oder einer ähnlichen Einrichtung erörtert. Derartige Pläne haben weite Kreise der Bevölkerung beunruhigt, denn sie zielen im wesentlichen darauf ab, den Ledigen und den kinderlosen oder mit wenigen Kindern gesegneten Ehepaaren einen großen Teil ihres Einkommens wegzusteuern, um mit den auf solche Art aufgebrauchten Mitteln die kinderreichen Ehepaare finanziell zu unterstützen. Ich bin vom Herrn Bundeskanzler zu der Mitteilung ermächtigt, daß alle diese Pläne, die gewiß sehr edlen Motiven entstammen, die Bundesregierung weder beschäftigt haben noch künftig beschäftigen werden. Der Gedanke, bei den gegenwärtigen Löhnen und Gehältern die Einkommen der Ledigen und der kinderlosen oder kinderarmen Ehepaare mit einer Sondersteuer von zehn, zwanzig, ja nach einigen Anträgen sogar dreißig Prozent des Gesamteinkommens zu belasten, ist vollkommen undurchführbar.

Der Pariser „Jour“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Führer der österreichischen Legitimisten Dr. v. Wiesner, der unter anderem erklärt, Osterreich habe weder in den Friedensverträgen noch später gegenüber der Pariser Völkerversammlung irgendeine Verpflichtung übernommen, die Restauration nicht durchzuführen. Die österreichischen Legitimisten verfolgen kein anderes Ziel als die Restauration, die nach ihrer Ansicht die beste Garantie für die Zukunft der österreichischen Unabhängigkeit ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die konstitutionelle Monarchie das beste Mittel ist, um die staatliche Autorität mit dem Begriff der Freiheit zu vereinen, der dem österreichischen Charakter ebenso nahe liegt wie dem französischen. Abschließend tritt Dr. v. Wiesner sehr entschieden den tendenziösen Gerüchten über eine angebliche

Zusammenkunft zwischen Erzherzog Otto und Starhemberg entgegen.

Deutsches Reich.

Die durch die Reden des Reichskanzlers und Dr. Goebels eingeleitete verstärkte Kampagne zur Wiedererwerbung deutscher Kolonien fand anlässlich der Eröffnung der Hamburger Kolonialausstellung ihre Fortsetzung. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Hamburg des Reichs-Kolonialbundes Helm erklärte, die deutsche Jugend müsse wissen, daß die Sicherung ihres Lebens vom eigenen deutschen Kolonialbesitz maßgebend abhängt. Angesichts der wirtschaftlichen Depression und der handelspolitischen Abschließung der Staaten untereinander sowie der Devisenschwierigkeiten würde eigener Kolonialbesitz für Deutschland jetzt einen ungleich größeren Wert haben, als es schon vor dem Kriege in den Zeiten des freien Warenaustausches der Fall war.

Pariser Besprechungen.

Ein Teil der von den englischen Beisehungsfreundlichkeiten zurückkehrenden Staatsoberhäupter und Minister hat in der französischen Hauptstadt Station gemacht. So wie in der vergangenen Woche London stand Paris im Zeichen eines diplomatischen Hochbetriebes, der das Ziel verfolgt, den europäischen Frieden im allgemeinen und den Frieden im Donauraum im besonderen durch das Alheilmittel der „kollektiven Sicherheit“ zu organisieren. An den Gesprächen waren beteiligt auf französischer Seite: Staatspräsident Lebrun, Ministerpräsident Sarraut, Außenminister Flandin und Völkerbundminister Paul-Boncour; auf ausländischer Seite: der russische Außenminister Litwinow, der rumänische König Carol, der jugoslawische Prinzregent Paul, die rumänischen Minister Titulescu und Antonescu, der türkische Außenminister Rüşdi Aras, der ungarische Außenminister v. Kanya und in den letzten Tagen der österreichische Vizekanzler Fürst Starhemberg. Der abwesende Parner aller dieser Gespräche ist das Dritte Reich, demgegenüber die überlegenen staatsmännlichen Methoden Laval's jetzt vollkommen in Acht und Bann getan sind, wie dies nicht nur der englischen Sorge wegen der deutschen Wiederaufrüstung, sondern auch dem antisozialistischen Instinkt des zur Macht gelangten französischen Linkskabinetts entspricht. Hauptakteur für die Neuordnung des Donauraumes ist der rumänische Außenminister Titulescu, der als Sprecher der Kleinen Entente auftritt und darauf hinweisen kann, daß er sich in London darüber habe informieren können, welche aktive Rolle England künftig in Mitteleuropa zu spielen wünsche. Das Donauraumgespräch, in das die Habsburgerfrage immer wieder hineingreift, über dessen Verlauf aber keine Informationen zu erlangen sind, wird seinen ersten Abschluß erst finden, bis der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Hodza am 10. Februar nach Paris kommt. Die Hauptaufgabe Litwinows bestand darin, die Verwirklichung des französisch-russischen Beistandspaktes, der nunmehr am 11. Februar der Kammer zur Ratifizierung vorgelegt werden wird, sicherzustellen und darüber hinaus über eine französische Milliardenanleihe zu verhandeln. Auch über diese Verhandlungen hat man keine näheren Informationen, aber es besteht kein Zweifel, daß die Regierung Sarraut den Wünschen Litwinows, der übrigens auch Einfluß auf die Neugestaltung im Donauraum nehmen will, weitestgehend entgegenkommen wird. Gegen diese Politik erhebt die französische Rechtspreffe in schärfster Form Protest, indem sie von einer „Erpreßung ohne Beispiel“ spricht und erklärt, daß die „Hauptstadt Frankreichs noch immer Paris und nicht Moskau“ heißt. Sarraut und Flandin wird vor Augen gehalten, daß sie vor der Nation die Verantwortung trügen, das außenpolitische Erbe Laval's verschleudert zu haben. Von dieser Verantwortung könne die beiden Staatsmänner auch die vorerblische Sorge um den europäischen Frieden nicht befreien, denn niemand habe diesem Frieden mehr gedient als Laval. Was die Meldungen von einer Donaukonferenz oder dem bevorstehenden Abschluß eines Donaupaktes betrifft, so ist man allgemein der Ansicht, daß die diesbezüglichen Verhandlungen nicht ohne die aktive Mitwirkung Italiens, also praktisch kaum vor der friedlichen Beilegung des abessinischen Konfliktes, zu einem gedeihlichen Abschluß gebracht werden können.

Italien.

In ersten Worten nimmt das halbamtliche „Giornale d'Italia“ zur gegenwärtigen Lage Stellung, die es als

die einer steigenden Unordnung und eines wachsenden Durcheinanders bezeichnet. Mit dem Zusammentritt des Erdölaußschusses in Genf wird, so sagt das Blatt, der wahnwitzige Weg der Sanktionen dem Abgrund entgegen fortgesetzt. Hier beginne der erste Abschnitt einer Blockade, die eine militärische Maßnahme sei und die militärische Gegenmaßnahmen in Bewegung setzen müsse. Hieraus leite sich sodann die Gewißheit der Ausdehnung eines Streites auf Europa ab, den Mussolini auf kolonialafrikanischen Charakter beschränken wolle. Italien sei jedoch das letzte Land, das eine solche Möglichkeit fürchte, da es, geeinigt im Innern und gewappnet für jede Überraschung, weder in Europa noch in der Welt vereinsamt dastehe. Abschließend betont das Blatt erneut, Mussolini habe den afrikanischen Streit auf eine Kolonialangelegenheit beschränken wollen, der Sanktionismus dehne ihn aber auf Europa aus.

Zu dem Meinungsaustausch in Paris schreibt die „Tribuna“: Vorderhand haben wir über die diplomatische Szenerie von Paris, die jener von London folgte, und die sich an das Leichenbegängnis König Georgs anknüpfte, nicht viel zu sagen. Wie stets bei solchen Anlässen verkündet man Umwälzungen in den internationalen Beziehungen, neue Kombinationen, plötzliche Lösungen von Problemen, die auf halbem Weg gelassen wurden, isolierte Aktionsdirektiven dieses oder jenes Landes. Dann verstummen diese Meldungen mit der gleichen Schnelligkeit, wie sie aufstauen. So ist auch die Frage der Donauländer mit Osterreich unter dem Schutze Sowjetrußlands — welche Regelung nunmehr mit der Ratifikation des französisch-russischen Paktes zusammenhängt — schon heute nicht so leicht, wie sie gestern schien, gemäß dem Entwurf, der Herrn Titulescu zugeschrieben wird. Es genügt festzustellen, daß Osterreich auch für sich selbst etwas zählt, daß Ungarn nicht beseitigt werden kann, daß Rußland nicht direkt an jene europäischen Staaten angrenzt. So würde der französisch-russische Pakt, wenn auch ratifiziert, auch mit der englischen Entente nicht den Vertrag von Locarno ersetzen. Er kann höchstens infolge des wahnwitzigen Genfer Sanktionismus ihn zum Schaden Frankreichs aus den Fugen reißen. Man könnte so fortfahren, aber es ist besser, an dieser Chronik nicht teilzunehmen und abzuwarten.

Das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich ist gegenwärtig gespannt. Die „Stampa“ nennt Herriot einen gefährlichen Menschen, den gefährlichsten, der sich in Frankreich aufhält. Sie beschwört die französische Rechte, das immerhin gemäßigtere Ministerium Sarraut nicht unter dem Vorwand, Laval rächen zu wollen, zu Fall zu bringen, denn dann komme vor oder nach den Wahlen Herriot, und er werde unzweifelhaft Frankreich und Europa in den Abgrund stürzen. Der „Corriere della Sera“ gebraucht Frankreich gegenüber das abschätzigste Wort „gallisch“ und spricht von einer anglo-gallisch-bolschewistischen Einheitsfront, die Italien militärisch bedrohe und die es politisch und wirtschaftlich zu isolieren, zu erschrecken und zu ersticken suche. Dieses aber werde durchhalten. Wenn man in den Sanktionen über die rein wirtschaftlichen hinausgehe, werde es die Herausforderung annehmen und noch drastischere Gegenmaßnahmen treffen. Zwanzig Jahre intimes Verhältnis zu London und Paris, so schreibt das Blatt bitter, hätten die Italiener erlaubt, sich vollkommen gegen jeden Bazillus der Sentimentalität zu immunisieren. Italien werde den Weg, den ihm der Duce vorschreibe, zu Ende gehen in der festen Überzeugung, daß er zu neuem Glück und zu antiker römischer Glorie führe.

Frankreich.

Die Regierung Sarraut hat sich bereits dem Parlament vorgestellt und gleichzeitig auch eine Erklärung abgegeben. Die Regierung erklärt zunächst, daß ihre Aufgabe am Vorabend der Kammerwahlen in der Hauptsache darauf beschränkt sei, die Wahlen zu leiten und ihnen Ruhe, Sicherheit und Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Trotzdem blieben der Regierung noch zahlreiche Aufgaben auf innerpolitischem Gebiet, wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Behebung der Krise in der Landwirtschaft, die Wiederbelebung des Handels im Innern und unter den Völkern. Das erfordere eine Atmosphäre des inneren und äußeren Friedens. Sarraut trat u. a. auch für eine freundschaftliche Verständigung im italienisch-abessinischen Konflikt ein. Über das Verhältnis zu Deutsch-

